

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

14.10.2022

Inhalt

EWN

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1 Wirtschaft und Landespolitik: Gaspreisbremse zum 1. Januar! <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 14.10.2022</i> | 3 |
| 2 Atomkraft, ja bitte: Wie Neckarwestheim auf die AKW-Verlängerung blickt <i>Ostsee-Zeitung.de, 14.10.2022</i> | 4 |
| 3 Gnadenfrist für die Atomkraft <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 14.10.2022</i> | 8 |
| 4 Klingbeil: Atomstreit muss noch diese Woche abgeräumt werden <i>FOCUS online, 14.10.2022</i> | 9 |
| 5 Weitere Castoren ab 2026 – Zwischenlager in Lingen wird unabhängig vom Kernkraftwerk Emsland <i>noz.de (Neue Osnabrücker Zeitung), 13.10.2022</i> | 10 |

Wirtschaft und Landespolitik: Gaspreisbremse zum 1. Januar!

Die Industrie- und Handelskammern in MV und die Landesregierung haben eigene Vorschläge entwickelt, um schnell Entlastung für Bürger und Wirtschaft zu schaffen.

Neubrandenburg/Schwerin. Die Präsidenten der drei Industrie- und Handelskammern (IHK) in Mecklenburg-Vorpommern waren sich gestern einig: Die Vorschläge der Gas-Kommission werden weder zeitlich noch vom Volumen ausreichen, um vielen bereits stark angeschlagenen Unternehmen rechtzeitig vor einer Insolvenz oder Geschäftsaufgabe zu helfen, verkündeten die führenden Wirtschaftsvertreter.

„Die Ansätze der Gas-Kommission sind zwar positiv zu bewerten, diese Entlastungen werden jedoch für viele unserer Unternehmen zu spät kommen“, so Matthias Belke, geschäftsführender Präsident der Landesarbeitsgemeinschaft der IHKs in MV. „Es muss jetzt darum gehen, diese Vorschläge weiterzuentwickeln. Dabei denken wir an konkrete Schritte, wie den Beginn der Laufzeit des Gaspreisdeckels für Haushalte und Gewerbe auf den 1. Januar 2023 vorzuziehen und gegebenenfalls rückwirkend Entlastungen mit dem jetzt definierten Beginn am 1. März 2023 anzuwenden.“

Alternativ könnte der Bund nicht nur den Abschlag für den Dezember, sondern auch für die Folgemonate Januar und Februar 2023 übernehmen. Ziel müsse es laut Belke sein, Planungssicherheit und Entlastung für Unternehmen zu erreichen, den Anreiz zum Energiesparen aufrecht zu erhalten und eine Gas-mangellage unbedingt zu vermeiden.

Die IHKs fordern auch eine Gas-Grundversorgung zu den von der Kommission vorgeschlagenen Konditionen für Unternehmen, die über keine Lieferangebote

verfügen. Zudem sei es extrem wichtig, dass die staatlichen Leistungen auch bei den Versorgern rechtzeitig ankommen.

Auch die Landesregierung konkretisierte gestern ihre Überlegungen hinsichtlich der Gaspreisbremse. Zuvor hatten sich die Mitglieder des Landeskabinetts und die Teilnehmer des Energiegipfels von Matthias Miersch (SPD), der als einer von drei Vertretern aus dem Deutschen Bundestag als beratendes Mitglied an der Gaspreiskommission teilgenommen hat, aus erster Hand Details erläutern.

„Wir wünschen uns, dass die Preisbremse früher kommt, auch wenn das die Energieversorger organisatorisch vor große Herausforderungen stellt. Wenn das nicht möglich ist, muss die Lücke von der Abschlagszahlung im Dezember bis zum März geschlossen werden“, erklärte die stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes, Simone Oldenburg (Linke) im Anschluss an die Gesprächsrunden.

Patrick Dahlemann, Chef der Staatskanzlei, ergänzte: „Die Gaspreisbremse bringt den Bürgerinnen und Bürgern und auch den Unternehmen mehr Planungssicherheit und eine deutliche Entlastung. Allerdings brauchen wir eine Lösung für all jene, die mit Öl, Holzpellets oder Briketts heizen. Auch da sind die Preise deutlich gestiegen. Außerdem müssen Handwerksbetriebe mit hohem Energieverbrauch wie Bäckereien als energieintensive Unternehmen und nicht wie private Verbraucher behandelt werden.“

Atomkraft, ja bitte: Wie Neckarwestheim auf die AKW-Verlängerung blickt

Zwei der letzten drei deutschen Atomkraftwerke sollen bis zum Frühjahr am Netz bleiben. In Neckarwestheim, einem dieser Standorte, warnen Aktivistinnen und Aktivisten vor einem Desaster – die Bevölkerung hingegen bleibt entspannt. Ein Besuch vor Ort.

Neckarwestheim. Müsste man Neckarwestheim mit einem Wort beschreiben, dann wäre es wohl: verträumt. Die kleine Gemeinde, in der gerade einmal 4.000 Menschen leben, liegt idyllisch in der Natur Baden-Württembergs, etwa acht Kilometer von Heilbronn und wenige Meter vom Neckar entfernt. Rundherum erstrecken sich Wein- und Apfelplantagen, deren Blätter von der Herbstsonne golden angeleuchtet werden. Entlang der Landstraßen verkaufen große Scheunen, sogenannte Obsthallen, frische Früchte direkt vom Feld.

Der Ortskern von Neckarwestheim ist beschaulich. Ein Fachwerkhaus mit gelbgold gestrichenen Holzbalken steht an der Hauptstraße, direkt daneben ein Bäcker und eine Bankfiliale. Auf den Straßen ist nur wenig los an diesem Vormittag, der Marktplatz nahezu menschenleer – nur beim Metzger bildet sich eine längere Schlange. Ein Mann mit einem großen weißen Hund spaziert den Bordstein entlang, eine Frau mit Rollator kreuzt die wenig befahrene Hauptstraße, die durch den Ort führt.

Nur eines will so gar nicht in die beschauliche Dorfidylle Neckarwestheims passen: Es ist der weiße Dampf, der direkt hinter dem Dorf, gut sichtbar vom Ortskern, aus einem riesigen Kühlturm in die Luft emporsteigt.

Ein Haufen Schrott

„Grauenhaft.“ Mit diesem Wort beschreibt Franz Wagner die Szenerie – und das große Industrieareal, das in einer Art Senke unterhalb des Ortes liegt. „Manch einer bezeichnet das hier als Industrieromantik“, sagt er und schüttelt den Kopf. „Ich bezeichne es als Schrott.“

Mit diesem „grauenhaften“ Industrieareal, mit diesem „Schrott“ meint Franz Wagner das Kernkraftwerk Neckarwestheim. In Betrieb genommen wurde es am 1. Dezember 1976, vom Netz gehen sollte es eigentlich

Ende dieses Jahres. Eigentlich. Denn das Werk gehört zu zwei von drei verbliebenen Atomkraftwerken Deutschlands, die nun doch noch bis in das Frühjahr hinein weiterlaufen sollen. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte Ende September die mögliche Verlängerung in Aussicht gestellt. Die FDP fordert sogar den Streckbetrieb aller drei AKW – bislang hat sich die Ampelkoalition in dieser Frage noch nicht geeinigt.

Unbezahlbar

Franz Wagner kann angesichts dieser Pläne nur mit dem Kopf schütteln. „Das ist ein massives Sicherheitsrisiko“, sagt er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vor den Toren der Anlage, die mit dickem Stacheldraht gesichert sind – direkt hinter einem Zaun sind dreieckige Panzersperren zu erkennen. Das Kraftwerk sei inzwischen in einem so desaströsen Zustand, dass ein Weiterbetrieb unverantwortlich sei – und auch ein Super-GAU sei laut Wagner nicht auszuschließen. „Egal ob Industrie, Wohlstand und Natur: Kommt es zum Katastrophenfall, kann Baden-Württemberg alles, worauf es stolz ist, vergessen.“

Die tickende Zeitbombe

Wagner ist Sprecher des Bundes der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar (BBMN) und kämpft bereits seit Jahrzehnten gegen das Atomkraftwerk in Neckarwestheim an. Die Gründe dafür sind vielfältig: Allein schon die Baukonstruktion der EnBW-Anlage treibt Aktivistinnen und Aktivisten seit vielen Jahren um. Das Kraftwerk steht auf einem ehemaligen Steinbruch – laut Wagner, der selbst im benachbarten Heilbronn wohnt, der denkbar ungünstigste Ort, um überhaupt ein Kernkraftwerk zu errichten.

Im Untergrund befinden sich poröse Schichten von Gips und Kalk. Geologen warnen bereits seit Jahrzehnten, dass sich unter dem AKW Hohlräume bilden.

Der Kühlturm des Kraftwerks war hier schon vor Jahren um mehrere Zentimeter abgesackt und mit Beton wieder aufgerichtet worden. Für die Reaktoren, so die offizielle Darstellung, bestehe dieses Problem nicht. Franz Wagner ist skeptisch: „Dafür fehlen schlichtweg die Beweise“, meint er. Untersuchungen im Untergrund des Kraftwerks seien schwierig und würden daher gar nicht erst durchgeführt.

Seit einigen Jahren bringt aber noch ein ganz anderes Problem das AKW immer wieder in die Schlagzeilen. Bereits 2018 waren bei einer Überprüfung Korrosionsschäden an Rohren gefunden worden. Von offizieller Seite werden diese als „lineare Wanddicken-schwächungen“ bezeichnen, Aktivistinnen und Aktivistinnen wie Wagner sagen lieber „Risse“ dazu. Bei einer neuen Überprüfung im Sommer dieses Jahres waren diese Schäden erneut an 35 Heizrohren gefunden worden. Sie seien daraufhin stabilisiert und verschlossen worden

„Eigene Regeln werden neu geschustert“

Wagner bezeichnet diese Praktik als „regelwidrig“. Eigentlich müssten die Dampferzeuger komplett ausgetauscht werden, meint der Atomkraftgegner. Da das Kraftwerk aber ohnehin bald stillgelegt werde, „hängele“ man sich nur noch „von Revision zu Revision“, verstopfe hier und da mal ein Rohr. Ganz nach dem Motto, es werde schon nichts passieren. Ein schwerwiegender Fehler, meint Wagner.

Und noch einen weiteren Knackpunkt gibt es in Neckarwestheim: Das AKW überschreitet nun schon seit mehreren Jahren die eigentlich verpflichtenden Sicherheitschecks. „Ein AKW darf nur betrieben werden, wenn alle zehn Jahre eine periodische Sicherheitsüberprüfung erfolgt“, erklärt Wagner. Eine Ausnahme gelte allerdings: Drei Jahre vor Abschaltung muss eine solche Sicherheitsüberprüfung nicht mehr gemacht werden – die drei noch laufenden Atommeiler in Deutschland wurden zuletzt 2009 umfassend überprüft.

„Wir befinden uns nun schon fast drei Jahre nach der Fälligkeit, das allein ist schon hochproblematisch“, warnt Wagner. Würde nun für den Weiterbetrieb das Atomgesetz geändert, öffne das Tür und Tor für einen längerfristigen Betrieb maroder Kraftwerke. „So werden die eigenen Regeln einfach neu geschustert. Das wäre ein extremer Rückschritt in der Sicherheitskultur.“

„Bloß nicht nach Neckarwestheim ziehen“

Zurück in der Ortsmitte von Neckarwestheim. Hier ist die Stimmung mit Blick auf das AKW um einiges ent-

spannter. Oder um es konkreter zu formulieren: Nahezu alle Personen, die an diesem Tag mit dem RND über das AKW sprechen möchten, blicken ausnahmslos gelassen auf den geplanten Fortbetrieb. Wenngleich viele ihre Meinung eher zögerlich, oft auch gar nicht öffentlich äußern möchten.

Die Frau mit dem Rollator, die an diesem Morgen langsam die Hauptstraße zum Markplatz überquert, heißt Brigitte Winzinger. Sie wohnt erst seit einem Vierteljahr in Neckarwestheim, in einem Seniorenzentrum für betreutes Wohnen. Das AKW habe bei ihrer Entscheidung, hierher zu ziehen, keinerlei Rolle gespielt, sagt sie.

„Früher war das schon ein großes Thema“, erinnert sich Winzinger. „Da hieß es immer: Bloß nicht nach Neckarwestheim ziehen.“ Inzwischen stehe das Kraftwerk hier aber schon seit 46 Jahren – „und es ist nie etwas passiert.“ Man habe sich inzwischen daran gewöhnt. Die Laufzeitverlängerung für das AKW, um die Stromversorgung in Deutschland sicherzustellen, hält Winzinger ebenfalls für legitim. „Wenn es hilft, uns durch den Winter zu bringen, dann machen die wenigen Monate auch keinen Unterschied mehr“, sagt sie.

Bürger wollen Verlängerung über 2023 hinaus

Das sehen auch andere Anwohnerinnen und Anwohner so. Eine Frau, die lieber anonym bleiben möchte, spricht sich sogar für eine Laufzeitverlängerung weit über das Frühjahr 2023 aus. „Ich bin 37 Jahre alt, und seit 37 Jahren lebe ich mit dem Atomkraftwerk. Das ist das Markenzeichen unseres Ortes“, sagt sie. Die geplante Abschaltung sei ein Fehler gewesen – die Entscheidung, die Laufzeit zu verlängern, sei derweil „viel zu spät“ gekommen. Nun sei das Kraftwerk immerhin eine Maßnahme, damit „unser Strom diesen Winter nicht allzu teuer wird“, sagt die Frau.

Ein junger Vater namens Sebastian, der gerade mit Kind und Kinderwagen über den Bürgersteig spaziert, pflichtet ihr bei. Dem Fortbetrieb des Kraftwerks sehe er äußerst „gelassen“ entgegen. Auch Sebastian wohnt bereits sein ganzes Leben in der Region. Ereignisse wie Fukushima hätten ihn genauso „kaltgelassen“ wie Berichte über Risse in den Anlagen. Mehrere Personen seines Freundes- und Bekanntenkreises würden zudem im AKW arbeiten.

Ellen Laitenberger, die in der Nähe des Markplatzes in einem Deko- und Modegeschäft arbeitet, verlässt sich derweil auf die „hohen Sicherheitsstandards“, die hierzulande gelten würden. Die Alternativen zum AKW, etwa Importstrom aus anderen Ländern, wären vermutlich deutlich unsicherer, sagt sie. „Wenn es uns hilft und wir im Winter nicht frieren müssen, habe ich

nichts gegen eine Verlängerung von ein paar Monaten.“

Eine reiche AKW-Gemeinde

Die positive Einstellung gegenüber dem „Markenzeichen“ des Ortes kommt nicht von ungefähr: Das AKW hat die Gemeinde äußerst wohlhabend gemacht. Neckarwestheim ist eine der reichsten Kommunen im Landkreis Heilbronn – und viele Bürgerinnen und Bürger profitieren direkt von der Anlage.

„Das Kraftwerk ist ein bedeutender Arbeitgeber in der Region, auch viele Leute aus dem Ort arbeiten hier“, sagt Bürgermeister Jochen Winkler dem RND am Telefon. Durch die Gewerbesteuer habe der Ort jährlich zwischen 5 und 10 Millionen Euro eingenommen, zudem sei der Betreiber EnBW viele Jahre lang als Sponsor von Vereinen im Ort in Erscheinung getreten. Ein Großteil der Gemeinde sei dem AKW daher positiv gegenüber eingestimmt, sagt Winkler. „Wer mit Atomkraft grundsätzlich ein Problem hat, der zieht gar nicht erst nach Neckarwestheim.“

Weiterbetrieb überraschte Gemeinde

Diese „Sturm-und-Drang-Zeit“, wie Winkler sie nennt, sei nun aber schon seit einigen Jahren vorbei. Als Block 1 des Kraftwerks vom Netz ging und sich EnBW ein Sparprogramm auferlegte, seien nicht nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen gewesen – auch viele Unterstützungen, etwa für Vereine im Ort, blieben fortan aus.

Die Verlängerung des Betriebes um ein paar Monate bringe für die Gemeinde daher auch keine nennenswerten Vorteile. Eigentlich, so Winkler, hatte man sich im Ort bereits auf den Rückbau des Kraftwerks eingestellt – die Diskussionen über einen Fortbetrieb seien für viele völlig überraschend gewesen.

Ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kernenergiebetrieb würden nach der Stilllegung in Altersteilzeit gehen. Jüngere beschäftigen sich künftig mit dem Rückbau des Kraftwerks, der voraussichtlich einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren in Anspruch nehmen wird. „Dafür wurden sogar neue Arbeitskräfte eingestellt“, erklärt Winkler.

Die größte Herausforderung Neckarwestheims sei nun, nach Stilllegung des Kraftwerks den eigenen Wohlstand zu erhalten, so der Bürgermeister. Denn im Haushalt klafft künftig ein großes Gewerbesteuerloch.

Eine Frage der Verdrängung

Die Risse in den Heizstäben, auch Winkler nennt sie

lieber „Materialschwächungen“, würden in der Bevölkerung aber durchaus diskutiert. Angesichts der kurzen Laufzeitverlängerung von ein paar Monaten würden diese keine großen Ängste auslösen. „Wäre eine deutliche Verlängerung der Laufzeit geplant, wäre das ein ganz anderes Thema“, sagt Winkler.

Aktivist Franz Wagner beschreibt diese Haltung der Dorfbewohner als „Verdrängung“. Es bleibe den Bürgerinnen und Bürgern auch gar nichts anderes übrig, wenn man eine riesige Anlage vor der Haustür habe, die tagtäglich ein Sicherheitsrisiko für das eigene Leben darstelle, meint er. Die Menschen vor Ort hätten sich in den vergangenen Jahrzehnten schlichtweg daran gewöhnt. „Die große Gefahr sehen sie gar nicht mehr. Das ist gefährlich.“

Und Frank Wagner ist bei weitem nicht der einzige, der den geplanten Streckbetrieb des AKW kritisiert. Auch die Anti-AKW-Organisation „Ausgestrahlt“ macht dieser Tage gegen einen Fortbetrieb des Kraftwerks mobil. „Würde auch nur eines der rund 16.000 Rohre aufgrund eines solchen Risses bersten, abreißen oder brechen, wäre dies bereits ein nur schwer zu beherrschender Kühlmittelverlust-Störfall“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Aktivistinnen und Aktivisten zusammen mit dem BBMN. Dieser könne bis zur Kernschmelze im „Rissreaktor“ führen.

Klage gegen AKW läuft

Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Baden-Württemberg ist angesichts der Sicherheitmängel skeptisch. Die Landesvorsitzende Sylvia Pilarsky-Grosch sagte dem SWR: „Seit 2017 sind im AKW Neckarwestheim 2 über 300 Risse gewachsen. Hier herrscht also schon ein Notfall. Dieses AKW nun als Notreserve vorzuhalten und möglicherweise durch An- und Abschaltungen einer hohen Belastung auszusetzen, ist unverantwortlich und muss gestoppt werden.“

Um auf die Gefahren der Anlage hinzuweisen, planen die Organisationen vor Ort nun eine Vielzahl von Protestaktionen. Schon in der Vergangenheit hatte man vor Ort Luftballons steigen lassen, von denen einige Hunderte Kilometer weiter wiedergefunden wurden. Damit wollten die Aktivisten klarmachen, wie weit radioaktiv verseuchtes Material im Zweifel vom Wind getragen werden könne.

Auch eine Klage gegen den Weiterbetrieb des AKW läuft. Einen Eilantrag zur sofortigen Abschaltung hatte der Verwaltungsgerichtshof im Frühjahr abgelehnt, für den 14. Dezember jedoch ist eine Hauptverhandlung angesetzt. Habe die Klage Erfolg, müsse das Umweltministerium den weiteren Betrieb des Reaktors unter-

binden, so die Aktivistinnen und Aktivisten.

Diskussionen auch um Isar 2

Nicht nur in Neckarwestheim werden dieser Tage Sicherheitsprobleme der eigentlich längst tot geglaubten AKW diskutiert. Rund 300 Kilometer und drei Autostunden entfernt, nahe des bayerischen Örtchens Landshut, wird auch über die Sicherheit des AKW Isar 2 gesprochen – das zweite deutsche Kernkraftwerk, das über die Laufzeitverlängerung hinaus am Netz bleiben soll. Nur das AKW in Lingen im Emsland soll wie geplant vom Netz gehen.

An der Anlage an der Isar ist ein Druckventil verschlissen. Um es weiter betreiben zu können, müsse es zunächst heruntergefahren und repariert werden, wie das Bundesumweltministerium und der Betreiber erklärten.

Atomkraftgegner bemängeln schon länger derartige Defekte am AKW. „Der jetzt bekannt gewordene Ventilschaden im AKW Isar 2 ist nicht der erste in diesem Jahr“, heißt es von der Organisation „Ausgestrahlt“. „Schon im Januar trat ein Ventilleck in Isar 2 auf, Eon nahm den Reaktor damals vom Netz.“

„Abschaltung wäre Doppelmoral“

Am Neckar jedenfalls wollen sich die Menschen von den Warnungen der Umweltschützer und Atomkraftgegner nicht aus der Ruhe bringen lassen – und das gilt nicht nur für die Gemeinde Neckarwestheim. Auch im benachbarten Kirchheim etwa herrscht angesichts der Pläne aus der Politik keine Panik. „Wir sind hier mit dem Kraftwerk aufgewachsen“, sagt eine Frau namens Claudia, die in der Herbstsonne in einem Café sitzt. „Nachbarskinder sind damals um die Lastwagen mit den Brennstäben herumgerannt, das war hier ganz normal.“

Das Kraftwerk nun ein paar Monate weiter zu betreiben hält auch sie für legitim. „Andernfalls würde der Strom wahrscheinlich von AKW aus Frankreich kommen. Das wäre auch eine ziemliche Doppelmoral.“

Auch Verena Schulz hat angesichts der Laufzeitverlängerung keine Bedenken. Erst 2018 war sie nach Kirchheim gezogen. „Über das AKW habe ich mir keine Gedanken gemacht“, sagt sie. Das Kraftwerk stehe hier nun schon „so lange“. Den Fortbetrieb bis ins Frühjahr 2023 hinein hält Schulz für „in Ordnung“: „Da wird in den kommenden Monaten sicher auch nichts passieren.“

Atomkraftgegner befürchten weiteres „Einknicken“

Deutlich skeptischer hingegen sind Birgit Herbst und Gerd Oswald, die auf einer Bank in der Sonne ein Eis genießen. „Ich war schon ein bisschen erleichtert, dass es mit der Anlage nun vorbei ist“, sagt Herbst. „Es herrscht keine Panik in den Orten, man lebt ja damit. Aber es ist gut, dass es jetzt zu Ende geht.“

Von der Laufzeitverlängerung bis ins Frühjahr seien Herbst und Oswald zwar nicht „begeistert“ – wenn es der Sache diene, könne man aber damit leben. Ganz entschieden sei man allerdings gegen einen weiteren Betrieb über 2023 hinaus, sagt Herbst. Ein solcher war zuletzt von Finanzminister Christian Lindner ins Spiel gebracht worden. „Die Anlage ist dafür nicht mehr geeignet, die Gefahren wären zu groß“, sagt Herbst.

Dem kann auch Franz Wagner zustimmen. Seine Befürchtung ist nun, dass die Politik und insbesondere Wirtschaftsminister Habeck noch weiter „einknicken“ – und die maroden Kraftwerke noch länger am Netz halten als ohnehin schon geplant. „Es wird schon massiv Maulwurfsarbeit in diese Richtung geleistet“, beobachtet der Aktivist. Sobald das Atomgesetz geändert sei, dürften die Forderungen umso lauter werden.

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 14.10.2022 | S. 2

📄 Auflage: 10.113 | Reichweite: 20.202

👤 Markus Decker

Gnadenfrist für die Atomkraft

Vor Grünen-Parteitag gibt es zumindest in einer Frage Konsens

Die Politische Bundesgeschäftsführerin der Grünen ließ zuletzt keinen Zweifel daran, wohin die Reise der Partei geht - nämlich wie schon seit über 40 Jahren in Richtung Atomausstieg. „Die rote Linie ist für uns als Partei ganz klar: Wir wollen keine neuen Brennelemente“, sagte Emily Büning vor dem am jetzigen Freitag beginnenden Parteitag in Bonn und angesichts des aktuellen Streits in der Ampelkoalition. Ein Antrag des Bundesvorstandes der Grünen ist ebenso unmissverständlich. „Für uns ist klar: Der Atomausstieg bleibt. Atomkraft ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie.“

Zwar gilt der erste grüne Präsenzparteitag seit 2019 als in Teilen durchaus unwägbar, doch in der Atomfrage steht die Partei, und zwar recht geschlossen.

Für innerparteilichen Unmut sorgt, dass die Regierung kürzlich Rüstungsexporte an Saudi-Arabien genehmigt hat - in der Erwartung, im Gegenzug Öl und Wasserstoff von der Diktatur am Golf zu bekommen. Kurz vor dieser Entscheidung hatte Grünen-Chef Omid Nouripour einen Vorstoß von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) zur Lockerung der Rüstungsexportregeln noch zurückgewiesen.

Strittig ist ebenfalls, dass die grünen Wirtschaftsministerien im Bund und in Nordrhein-Westfalen den Kohleausstieg im Rheinischen Revier von 2038 auf 2030 vorziehen wollen, um angesichts der Energiekrise zwei Braunkohlekraftwerke länger als bisher geplant laufen

zu lassen.

Nur: Bei dem seit Jahrzehnten eingeübten Motto „Atomkraft? Nein danke!“ wird es kein grünes Wanken geben. Das dürfte sich schon am Freitagabend zeigen, wenn das Thema auf der Tagesordnung steht. Die Grünen wollen den Meilern Isar 2 und Neckarwestheim 2 in Bayern und Baden-Württemberg eine Gnadenfrist bis zum Frühjahr 2023 gewähren. Das Atomkraftwerk Emsland soll hingegen, wie es das geltende Atomgesetz vorsieht, bereits am 31. Dezember stillgelegt werden.

Was die Grünen nicht wollen, ist eine Laufzeitverlängerung aller drei Werke bis zum Frühjahr 2024. Sie würde den Kauf neuer Brennstäbe voraussetzen. Erst recht nicht wollen sie stillgelegte Atomkraftwerke reaktivieren. Für beides plädiert die FDP. Habeck hat die Liberalen mehrfach ermahnt. Wenn sie dem Streckbetrieb und einer entsprechenden Änderung des Energiesicherungsgesetzes nicht zustimmen würden, dann sei mit der Atomenergie bereits zum Jahresende Schluss, sagte er.

Verhandlungsspielraum existiert nur insofern, als auch im Vorstandsantrag steht: „Entscheidend ist für uns, dass keine neuen Brennelemente beschafft werden.“ Das würde einen Streckbetrieb des Meilers im Emsland zumindest nicht völlig ausschließen.



📄 FOCUS online | 14.10.2022 | S. online

👤 dpa

🔗 WEBLINK

ENERGIEKRISE

Klingbeil: Atomstreit muss noch diese Woche abgeräumt werden

Die Grünen-Spitze muss den Parteitag davon überzeugen, zwei Atomkraftwerke womöglich etwas länger am Netz zu lassen. Der FDP ist das zu wenig. SPD-Chef Klingbeil dringt auf eine rasche Lösung.

SPD-Chef Lars Klingbeil setzt noch in dieser Woche auf eine Einigung in der Ampelkoalition im Streit über die Laufzeiten der noch am Netz befindlichen deutschen Atomkraftwerke. «Ich erwarte, dass das diese Woche abgeräumt wird», sagte Klingbeil in der ZDF-Sendung «Markus Lanz». «Ich will in dieser Woche Klarheit», betonte Klingbeil. Nächste Woche müsse das im Bundestag entschieden werden. Der Streit dürfe die Republik nicht länger beschäftigen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) müssten klären, ob es eine Stromlücke gebe, was die Auswirkungen auf den Strompreis seien und auf welche Energieformen Deutschland in Zukunft setze. Klingbeil sagte, es sei ja bekannt geworden, dass die drei am Donnerstag noch einmal mit den Betreibern gesprochen hätten.

In der Ampelkoalition streiten Grüne und FDP über den Weiterbetrieb von AKW. Habeck will die zwei AKW Isar 2 in Bayern und Neckarwestheim II in Baden-Württemberg für den Fall von Engpässen in der Stromversorgung bis ins Frühjahr einsatzbereit halten - also über den eigentlichen Abschalttermin Ende dieses Jahres hinaus. Die FDP dringt dagegen auf einen Weiterbetrieb aller drei verbliebenen AKW bis ins Jahr 2024. Derzeit ebenfalls noch am Netz ist das AKW Emsland in Niedersachsen.

FDP-Fraktionschef Christian Dürr sagte in derselben ZDF-Sendung, in einer Notsituation müsse man «all in» gehen und alle möglichen Optionen nutzen. Er habe die Sorge, dass man zu viele Optionen vom Tisch nehme, obwohl alle Optionen gebraucht werden. Es gehe nicht um eine Renaissance der Kernenergie, sondern darum, Preise stabil zu halten und einen Blackout

zu verhindern. Dürr zeigte sich zuversichtlich, dass sich Scholz, Habeck und Lindner einigen.

Grüne: «Wir bleiben Anti-Atom-Partei»

Die Grünen kommen am Freitag in Bonn zum Bundesparteitag zusammen. Die Parteispitze muss die Delegierten der Anti-Atomkraft-Partei dort schon davon überzeugen, die beiden süddeutschen AKW etwas länger bereitzuhalten. Der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour warb für die Pläne von Habeck. «Wir machen Dinge, die wir nicht tun wollten, aber wir brauchen nun einmal schnelle Lösungen für existenzielle Probleme. Trotzdem halten wir an unseren Zielen fest», sagte Nouripour der «Rheinischen Post» und dem Bonner «General-Anzeiger» zum Ausstieg aus Atom und Kohle. Die Grünen würden es mittragen, wenn im Winter für die Netzstabilität die zwei Atomkraftwerke gebracht werden. Zugleich versicherte er: «Wir bleiben Anti-Atom-Partei.»

Nouripour betonte, die Einsatzreserve sei in der Bundesregierung vereinbart. «Ich glaube, wir tun alle gut daran, uns an den Fakten zu orientieren und nicht an Wahlergebnissen», sagte der Grünen-Parteichef. Habeck setze «gerade alle Hebel in Bewegung, damit wir ohne russisches Gas auskommen. Dafür braucht es keine längeren Laufzeiten.»

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Johannes Vogel bestritt erneut, dass es eine Einigung gebe. «Es gibt bislang einfach keine Einigung in der Koalition, wie viele Kernkraftwerke wie lange weiter betrieben werden sollen», sagte Vogel der «Rheinischen Post». Der «seit Monaten bestehende Dissens» sei öffentlich stets bekannt gewesen. Vogel betonte: «In der aktuellen Energiekrise alle verfügbaren Kapazitäten zu nutzen, ist schlicht eine Frage der Vernunft.»

noz.de (Neue Osnabrücker Zeitung) | 13.10.2022

WEBLINK

Weitere Castoren ab 2026 – Zwischenlager in Lingen wird unabhängig vom Kernkraftwerk Emsland

Seit 2002 ist das Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle des Kernkraftwerks Emsland in Betrieb. Bis 2018 gehörte das Lager zum Kraftwerk. Jetzt soll es nicht nur organisatorisch, sondern auch funktional autark werden.

Das Zwischenlager befindet sich auf dem Gelände des Kernkraftwerkes Emsland (KKE) in Lingen. 2018 ging die Verantwortung auf die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) über. Die Bewachung erfolgt noch durch Personal des Kraftwerks. Die Zufahrt erfolgt über die Straße Am Hilgenberg ebenfalls durch das Kraftwerksgelände.

Zahlreiche Akten befinden sich in den Verwaltungsgebäuden des KKE. Doch dieses wird nach heutigem Stand am 31. Dezember 2022 abgeschaltet und dann zurückgebaut. Für die BGZ bedeutet dies: Der Betrieb des Zwischenlagers muss vom KKE unabhängig werden.

BGZ investiert 55 Millionen Euro in mehrere Gebäude

Leiter des Zwischenlagers, in dem derzeit 47 Castoren mit abgebrannten Brennelementen des KKE stehen, ist Olaf Wollny. „Die BGZ investiert 55 Millionen Euro, um autark vom KKE zu werden“, sagt der Maschinenbauingenieur. Dafür würden ein Wachgebäude, ein Verwaltungsgebäude und ein technisches Betriebsgebäude errichtet. Zudem sei eine neue Zufahrt von der Niederdarmer Straße aus geplant.

Planerisch betreut werden die Baumaßnahmen von der Essener Firma Steag. Welche Unternehmen beim Bau beteiligt sein werden, steht hingegen noch nicht fest. „Die Vergabe der einzelnen Gewerke durch die BGZ ist noch offen“, erklärt Wollny. Die Fertigstellung der Baumaßnahmen werde voraussichtlich bis Ende 2025 erfolgen.

Nur für Brennelemente aus dem KKE

Im Lingener Zwischenlager dürfen nur abgebrannte Brennelemente aus dem KKE eingelagert werden. „Wenn dieses am 31. Dezember stillgelegt wird, werden zu den 47 vorhandenen Castoren ab 2026 noch weitere 38 hinzu kommen“, sagt David Knollmann, Pressesprecher der BGZ für die Region Nordwest. Damit wäre das Lager dann zu rund 70 Prozent ausgelastet.

Genehmigt ist der Betrieb des Zwischenlagers bis 2042. Doch ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wird es bis dahin in Deutschland nicht geben. „Die laufende Suche für ein Endlager soll bis 2031 einen Standort benennen“, erklärt Knollmann. 2050 solle dieses dann unter Regie der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) in Betrieb gehen.

Antrag für Verlängerung der Genehmigung ist jetzt schon geplant

Für das Zwischenlager in Lingen bedeutet dies, dass die BGZ eine Verlängerung der Betriebsgenehmigung beantragen muss. „Damit werden wir sechs bis acht Jahre vor dem Auslaufen der bestehenden Genehmigung beginnen“, kündigt Knollmann an.

Wie lange der hochradioaktive Abfall aus dem KKE letztendlich in Lingen gelagert wird, steht also noch nicht fest. Knollmann erläutert, dass am derzeit in einem offenen Verfahren gesuchten Standort des Endlagers ein Eingangslager für die derzeit bei den deutschen Atomkraftwerken zwischengelagerten Castoren entstehen soll. Dieses Eingangslager könnte den hochradioaktiven Abfall gegebenenfalls schon aufnehmen, bevor das eigentliche Endlager in Betrieb geht.